Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

08.02.2021

Zweite Umfrage zu Corona-Folgen in der Sozialwirtschaft: Soziale Infrastruktur braucht weiter Schutzschirme

BAGFW-Präsident Ulrich Lilie äußert sich zu den Ergebnissen der 2. BfS-Umfrage zu den Folgen der Corona-Pandemie in der Sozialwirtschaft

Die Bank für Sozialwirtschaft (BfS) beobachtet seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie die wirtschaftliche Entwicklung des Sozial- und Gesundheitswesens. Nach einer ersten Umfrage im Mai und Juni hat sie im November und Dezember 2020 eine Folge-Umfrage durchgeführt. Diese wurde erneut von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien

Wohlfahrtspflege (BAGFW) begleitet. Die heute veröffentlichten Studien-Ergebnisse bestätigen die bisherigen Wahrnehmungen aus der praktischen Arbeit der BAGFW-Mitgliedsverbände zur Situation der Lage der Träger und Einrichtungen vor Ort: Es besteht weiterhin Handlungsbedarf für die Sozialpolitik.

BAGFW-Präsident Ulrich Lilie zu den Ergebnissen der zweiten Corona-Studie der BfS: „Ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie haben wir belastbare Wirtschaftsdaten als Grundlage für die weitere Sozialpolitik. Die BFS leistet mit ihren Umfragen einen wichtigen Beitrag zu einer verantwortungsvollen Finanz- und Sozialpolitik. Gemeinsames Ziel von Staat und Freier Wohlfahrtspflege muss sein, die soziale Infrastruktur zu sichern und damit das Funktionieren des Sozialstaats sicher-zustellen."

Die Umfrageergebnisse bestätigen die bereits im Sommer erkennbaren negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Sozial- und Gesundheitswesen. Diese machen sich in erheblichen Auslastungsrückgängen, Ertragsausfällen und finanziellen Mehrbelastungen bemerkbar, die auch die vom Staat bereitgestellten Schutzschirme nicht ganz auffangen können. Ulrich Lilie: „Die Einrichtungen und Dienste sehen weiter mit Sorge in die finanzielle Zukunft. Ein Jahr mit Corona hat auch für die gemeinnützigen Sozialunternehmen schwerwiegende Folgen."

Die BAGFW begrüßt das Hilfepaket aus dem Jahr 2020 und setzt sich für eine Verlängerung auch in 2021 ein. Die differenzierten staatlichen Schutzschirme, bestehend aus dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG), dem Covid19-Krankenhausentlastungsgesetz und andere Sicherungsmaß-nahmen helfen, die soziale Infrastruktur aufrecht zu

erhalten Allerdings stehen einer schnellen und einfachen Inanspruchnahme immer noch eine Reihe bürokratischer Hindernissen und rechtlicher Unsicherheiten entgegen. Ulrich Lilie: „Die Studie zeigt, dass es bei den Schutzschirmen weiteres Verbesserungspotential gibt. Die Mitgliedsverbände der BAGFW stehen seit Beginn der Pandemie als Gesprächspartner bereit, um in dieser Notsituation den Bestand und das Funktionieren der sozialen Infrastruktur sicherzustellen.

Gerade in vielschichtigen Notlagen wie der Corona-Pandemie erleben die Menschen den Sozialstaat in Gestalt von engagierten und verlässlichen Hilfeangeboten in ihrem Umfeld. Funktionierende Schutzschirme halten den Unternehmen und ihren Mitarbeitenden den Rücken frei. Nur so können sie verlässliche Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger bleiben und diese weiter konkret in der Pandemie unterstützen.“

Dateien

Lilie zu BfS-Corona-Umfrage 142 KB

Zum Seitenanfang